

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Frisch-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Gab,
E. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 2 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
1 1/2 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Erzst. Sachsen-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigeplatzene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 125.

Mittwoch, 17. December.

1873.

Parteigenossen, Freunde!

Immer näher rückt der Tag der Wahl heran, immer lebhafter rücken sich unsere Gegner. Wollen wir das energisch angefangene Werk der Wahlbewegung glücklich zu Ende führen, wollen wir in den vom Congress ausgerufenen Wahlkreisen siegen, dann gilt es für uns Alle, noch weitere Opfer zu bringen.

Viele unserer Genossen erfüllen jetzt mit Feuereifer ihre Pflicht als Agitatoren und ihr Wirken verspricht große Erfolge, falls es ohne Hast und ohne Ermatten bis zum Wahltage fortgesetzt werden kann. Dies zu ermöglichen, liegt an Euch, Parteigenossen und Freunde. Gebt uns die nöthigen Geldmittel und wir werden mit Euch am Abend des Wahltages Triumphe feiern können.

Wer in der Weihnachtszeit Geschenke macht, der denke an den Wohlstand der Partei. Was er diesem zuwenden, das ist ein neues Kampfmittel zu Gunsten der Sache des arbeitenden Volkes. Und das arbeitende Volk ist es, welches wir vor allem auffordern, diesen Mahnruf zu beherzigen; besonders Euch, Gewerkschaften, die Ihr den Grundsätzen unserer Partei zugethan seid, ersuchen wir, die Wahlbewegung an Euch nicht unthätig vorübergehen zu lassen.

Beiträge für den Wahlfond wolle man senden an den Parteikassirer F. Venneke, Hamburg, Kl. Schäferkamp 34. Hamburg, 14. December 1873.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Der Ausschuss
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
J. A.:
Kud. Braast. August Weib.

Parteigenossen!

Der Wahltag rückt näher und näher, und damit tritt an uns die Pflicht heran, in immer erhöhtem Grade alle unsere Kräfte, alle zur Verfügung stehenden Mittel anzustrengen, um einen möglichst glänzenden Sieg zu erfechten.

Bergegenwärtigen wir uns, daß der Eintritt der Feiertage auf eine Reihe von Tagen unsere Agitation mehr oder weniger lahm legt, daß es also verdoppelter Anstrengungen bedarf, um diesen Ausfall an Zeit zu decken. Bedenken wir, daß was jetzt versäumt wird, unumkehrbar verloren ist, und selbst die bereits aufgewandten Opfer in Frage stellt. Die Gegner, die bisher conserntirt dastanden, über die Thätigkeit, welche die von ihnen so verachtete Arbeiterpartei entfaltet, fangen an sich zu rühren, und den innern Haß der verschiedenen Fraktionen und Fraktionchen vergebend, sich als Coalitionspartei gegen uns zu organisiren, um uns noch in letzter Stunde den Sieg streitig zu machen.

Das darf ihnen nicht gelingen. Und wir sind überzeugt, es wird ihnen nicht gelingen. Aber es ist nothwendig, daß der Kampf, der bisher mit so viel Begeisterung und Opferwilligkeit geführt wurde, noch mit größerem Eifer geführt wird.

Denken wir bei der Agitation auch daran, daß der Quartalwechsel vor der Thüre steht, daß neue Abonnenten dem Parteiorgan zu gewinnen eine Hauptaufgabe der Wahlagitation sein muß. Empfehlen wir es in allen Versammlungen, in den Flugblättern, in der Presse. Nur dann kann der Sieg ein dauernder und für unsere Bestrebungen wirklich nutzenbringender sein, wenn es gelingt, die im Wahlkampf momentan erregten Massen dauernd an unsere Fahne zu fesseln, sie zu tüchtigen selbstbewußten Parteigenossen heranzubilden, und das dies wesentlich durch die Parteiorgane geschieht, brauchen wir nicht hervorzuheben. Wir bemerken dabei namentlich, daß nach Verordnung der obersten Postbehörde künstlich Extra-Kosten erwachsen, wenn nicht das Abonnement kurz nach dem 15. des letzten Quartalsmonats aufgegeben wird. Beachtet dies und veranlaßt die sofortige neue Bestellung!

Preussische Fabrication der „öffentlichen Meinung“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
London, den 1. December 1873.
Werther Herr Redakteur!

Schon lange habe ich Ihnen kein Zeichen meiner Anhänglichkeit gegeben. Nehmen Sie für dies Mal mit der Uebersetzung eines in der heutigen „Pall Mall Gazette“ erschienenen Artikels vorlieb, den ich vielleicht mit einigen Randglossen in die Kreuz und Quer, in der Mitte oder am Ende versehen werde. Ich bin nämlich meiner Lanze nicht ganz sicher. Das Wetter ist verheerend schlecht, der Rebel dick und ich habe einen echten englischen Rotarrh.

„Pall Mall Gazette“ ist die Abendzeitung der Londoner „Anhänglichkeit“, worin das Blatt der „Times“ durchaus ebenbürtig ist. Ein Handelsunternehmen, welches in respectability „macht“! Das Blatt versucht vom Sonderlingsthum zu leben, vom „bürgerlichen“ Sonderlingsthum nämlich und schlägt sich damit durch so gut es eben geht. Heute schreibt es in einem Artikel, betitelt:

„Das preussische Pressdepartement und die englische Presse.“

„Ein etwas dunkler Paragraph der Dienstagsnummer der „Norddeutschen Zeitung“ bedarf der Beleuchtung. Er ist,

*) Damit ist wohl das Bismarck'sche Volksblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, gemeint.

wahrscheinlich durch Versehen, nach London telegraphirt und am Mittwoch von allen Londoner Morgenzeitungen abgedruckt worden. Die Unterfertigung betreffend, welche Deutschland im Kampfe gegen den Ultramontanismus empfangt, so bezeichnet die oben genannte Zeitung „den hier und da angebrachten Verdacht als absurd, daß die in diesem Sinne von einigen englischen Hauptzeitungen veröffentlichten Artikel dem Einflusse zuzuschreiben sind, welchen das Pressdepartement (aha!) des Prinzen (oho!) Bismarck ausübt.“

„Das preussische halb-offizielle Journal erkennt hier also klar das Bestehen eines „Pressdepartements“ an und giebt zu verstehen, daß ein Theil wenigstens seiner Thätigkeit der Beeinflussung der englischen Presse gewidmet ist. Mit Bezug auf den Kampf von Kirche gegen Staat war vielleicht keine besondere Bearbeitung nöthig, weil die zugänglich gefundenen Zeitungen schon hinlänglich auf die erwünschte Gangart eingeschult waren, noch wahrscheinlicher, wie die „Norddeutsche Zeitung“ zu glauben scheint, weil in diesem besonderen Falle die Ueberzeugungen oder die Gefühle der bornassificirten (prussianisch) Zeitungsschreiber wirklich in Uebereinstimmung mit dem waren, was man von ihnen erwartete. Wenn Zeitungen geneigt sind, sich in Verlesung führen zu lassen, so ist es natürlich, daß Versucher erscheinen; aber immerhin ist es Freiheit Seitens eines preussischen officiellen Journals, wofür man, zu praktischen Zwecken die „Norddeutsche Zeitung“ halten darf, sich die Hände zu reiben über die Thatfache, daß ein mal wenigstens die englische Presse bezüglich deutscher Angelegenheiten den rechten Weg betreten hat, ohne besondern Druck von Berlin her. Dem Mitgliebe des Berliner Pressdepartements, welches, in seiner Sucht die Triumphe der preussischen Politik zu besingen, solche Dinge offenbart hat, wird sicherlich für seine Indiskretion auf die Finger geklopft werden. Jedoch das ist nicht unsere Sache. Aber von Interesse für uns und jede anständige englische Zeitung ist es, zu erfahren, welches die Zeitungen sind, die vom Berliner Pressdepartement inspirirt werden. Auch wäre es von Belang zu hören, wie und unter welchen Bedingungen die Zusanklungen vor sich gehen. Die Preußen sind die modernen Jesuiten und zeigen dieselbe Begehrigkeit in der Art, sich der öffentlichen Meinung zu bemächtigen, wie sie einst von den frühesten Mitgliedern des Jesuitenordens bewiesen wurde, als es ihnen darauf ankam, sich der Erziehung der Kinder zu bemächtigen.“

„Pall Mall Gazette“ sieht nichts Originelles in dem Verfahren des „Genialen“, sondern deutet an, daß das ganze System ein plumper Abklatsch des französischen Unternehmens ist, wie es in den „geheimen Papieren des Kaiserreichs“ an's Licht gezogen wurde.

„Es ist sehr unwahrscheinlich, daß wir je über die Beziehungen der preussischen Regierung zur Presse nur annähernd so viel erfahren werden, als wir über die Presse und die französische Regierung wissen. Aber wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß in einem Lande, wo bis zum Ergeß organisiert und die öffentliche Meinung hoch im Werthe gehalten wird, nicht etwa ihrer selbst wegen, sondern wegen des möglichen Einflusses auf die Begebenheiten — daß in keinem solchen Lande Vorschriften bestehen für die Behandlungen der heimischen und der ausländischen Presse. Mit Bezug auf die heimischen Journale giebt es keine Schwierigkeiten. Man war und ist immer schnell fertig in Preußen mit Zeitungen, die der Regierung zu opponiren wagen. Ueber fremde Zeitungen genaue Nachrichten zu erhalten, ist schwer, aber es ist sicher, daß die diplomatischen und Konsularagenten Preußens es als Theil ihrer Aufgabe betrachten, sorgsam zu überwachen, was in den Zeitungen über Preußen und Deutschland gesagt wird, so daß falsche Darstellungen oder Angriffe von der Regierung am zuständigen Orte beantwortet werden können. Die letzte Nummer der „diplomatischen Review“ bringt erbauliche Angaben über gewisse hervorragende Schiller des Herrn Urquhart, die in preussische Dienste getreten sind. Einer aus dieser Gesellschaft wurde, wie uns erzählt wird, vom Prinzen Bismarck kurz vor dem letzten Kriege eigens dazu verwendet, englische Zeitungsbesitzer unentgeltlich mit gut geschriebenen Artikeln über deutsche Politik zu versorgen. Auch werden die Correspondenten in gesellschaftlichen Beziehungen bearbeitet; einige von ihnen haben keinen Anstand genommen, ihre eigene Schande öffentlich auszusprechen. Andere Correspondenten sind so eingeleichte Preußen, daß die Redakteure der Zeitungen, für die sie schreiben, es für passend halten, sie als „preussische Correspondenten“ öffentlich zu bezeichnen — eine gradlinige Handlungsweise, die, unglücklicherweise, von der Mehrzahl der Leser nicht richtig gewürdigt wird. Das Berliner Pressdepartement wird denken, daß wir sehr wenig wissen, wenn wir weiter nichts zu sagen haben; aber es ist immerhin etwas, erfahren zu haben, daß „das Pressdepartement der Administration des Prinzen Bismarck“ sich eines anerkannten officiellen Daseins erfreut, und daß seine Pflichtenverrichtungen zum Theil darin bestehen, die wankenden und möglicher Weise verlumpten Organe der Londoner Presse gehörig für die Zwecke deutscher Politik breit zu schlagen.“

Warum „Pall Mall Gazette“ erst jetzt das Bestehen des Berliner „Pressdepartements“ betont, geht uns hier nichts an, die Naivität löst uns ein Lächeln ab. Für den „rohen“ Arbeiter bedarf das Vorstehende weiter keines langen Commentars. Er wird leicht die Richtung erkennen, mit welcher man hier, trotz der gewichtigen Beziehungen Pothar Buchers, die Berliner Wippen behandelt. Infanterie, Kavallerie, Artillerie, großer und kleiner

Generalsstab, Rabai, Stieber und Flotte — für hier hilft das ganze Gerassel gar nichts. Nur das drohlige Staatsbündchen „Kladderadatsch“ kann vielleicht von Wirkung sein. Ich laufe nur, mir das „Diplomatic Review“ zu verschaffen, und wenn nöthig, mache ich Ihnen über den Inhalt des oben beregten Artikels eine weitere kleine Mittheilung.

Nicht wahr, Sie kennen mich? Also brauche ich auch nicht weiter zu zeichnen. A propos! Der „Staatsmann“ Blind bin ich nicht.“ Es fehlt mir die überlieferte Salbung des speciifischen süddeutschen Bierbau-Republikanismus.

Rachschrist. Habe bereits „Diplomatic Review“ gelesen. Der Artikel verdient weiter keine Beachtung; er ist nicht als eine dumme Reklame für den alten Urquhart, die auf unwahren Thatfachen aufgebaut ist. Daß Bucher den Urquhart ausgedorrt hat, mag zugegeben werden. Aber Bucher ist unfres Wissens nie „zum Tode“ verurtheilt worden, wie „Diplomatic Review“ sagt; auch haben ihn wohl wenige Leute für einen Demokraten und Republikaner gehalten.“ Der „geniale“ Bismarck sagt zwar viele nicht „geniale“ Dinge, aber die ihm von „Diplomatic review“ in den Mund gelegten Worte „Bucher ist mein anderes Selbst; er hat mein Wesen vervollständigt“ sind wohl die Entfindung eines dummen Menschen. Ihr dürft Euch in's Häuschen lachen, Ihr „rohen Arbeiter“, wenn Ihr leset, was dem „gebildeten“ englischen Raftbürger als Erweisheit aufgetischt wird. — Auf Wiedersehen!

Die Lage der sächsischen Bergarbeiter

ist in Wirklichkeit etwas anders, als wie ein königlicher sächsischer Gerichtsamtmanu sie sich vorstellt. Bei den Verhandlungen über die Aufbesserung der Lehrergehalte nämlich in der sächsischen zweiten Kammer hat der zu Stollberg im Erzgebirge angestellte königliche sächsische Gerichtsamtmanu Zumppe den wunderbaren Ausspruch: „In seiner Heimath könne ein 20jähriger Bergarbeiter jährlich 600 Thaler verdienen!“

Die Bergarbeiter „in der Heimath“ des Herrn Zumppe, nämlich in Stollberg und Umgegend — eine Ader des Zwischauer Kohlenreviers, zieht sich hinauf nach Lagau, Niedermülschnig, Delsau bis vor Stollberg — konnten bei ihrer elenden Lage die glänzende Schilderung des Hra. Gerichtsamtmanus nur für bitteren Spott oder für eine unverantwortliche Entstellung der Wahrheit halten, und da sie weder verspottet sein, noch zu einer sie betreffenden größeren Unwahrheit stillschweigen und damit zu einer unverzeihlichen Täuschung des Publikums behüßlich sein wollten, so webeten sie sich an das in Stollberg erscheinende Amtsblatt, „Stollberger Anzeiger“, mit dem Verlangen, eine Klarstellung des Sachverhalts, nöthigenfalls gegen Entrichtung der Insertionskosten, zu veröffentlichen.

Allein, nachdem die Expedition erst die Aufnahme gegen Zahlung zugesagt hatte, wurde die Veröffentlichung auf die lange Bank geschoben, dann hatte es an Raum gefehlt und endlich, nachdem man bei Pontius und Pilatus mit dem Artikel herumgelaufen war, wurde die Aufnahme verweigert und die Eigenthümerin, Frau Keller, erklärte: Das Inserat enthalte Beleidigungen gegen den Panttag und den Herrn Amtmann und „mit so einem Manne möge man doch nicht in Konflikt gerathen!“

Die Bergleute des Stollberger Reviers wendeten sich nun an die „Chemnitzer freie Presse“ mit dem Verlangen, den Artikel aufzunehmen und der Erfüllung ihres Ansehens sicher, schreiben sie als Einleitung:

„Wir scheeren uns den Teufel um den Amtmann und empfehlen Euch daher zur weitesten Verbreitung die „Chemnitzer freie Presse“ und den „Volksstaat“. Das sind unabhängige Arbeiterzeitungen, die nicht die Wahrheit scheuen, wohl aber der Lüge den Daumen gehörig auf's Auge drücken. Wer lesen will — und das sollten Alle thun — der gebe sein Geld wenigstens nur für solche Blätter aus, die der Wahrheit die Ehre geben und Niemand scheuen.“

Der Aufsatz selbst, welchem der Stollberger Anzeiger die Aufnahme verweigerte und den wir mit einigen wenigen Korrekturen wiedergeben, lautet:

„Das Objekt (die Gehaltsaufbesserungen der Lehrer), welches Herr Gerichtsamtmanu Zumppe in seiner Rede behandelte, verdient alle Beachtung, nur scheint uns die Motivirung von ihm schlecht gewählt.“

Wir sind allerdings auch der Meinung, daß ein Theil des Lehrerstandes angesichts der gesteigerten Lebensmittelpreise zu wenig Gehalt bekommt und daß hier der Staat, ohne daß erst viel Reden gehalten werden, eingreifen muß, wenn sich indeß der Herr Gerichtsamtmanu Zumppe so weit versteigt, sein Amendement damit zu motiviren, daß ein Bergarbeiter von 20 Jahren in seinem Wahlbezirk jährlich 600 Thaler, schreibe sechshundert Thaler verdiene, so kommen wir zu dem Schluß: Entweder kennt der Herr Gerichtsamtmanu Zumppe die Bergarbeiter-Verhältnisse in seinem eigenen Wahlbezirk nicht, oder er glaubt damit seinen Wählern, vorzugsweise den mehr Besitzenden, die den Rothstand unter den Arbeitern mit allerhand Phrasen schön färben wollen, einen Gefallen zu thun, indem er doch wohl weiß, daß die Bergarbeiter nicht zu seinen Wählern gehören. (Herr Zumppe will, wie es heißt, Liebknecht gegenüber kandidiren.) Wir, die Verfasser dieses, sind Bergarbeiter und wir wissen, daß einen derartigen Verdienst in

*) Wir kennen nur ein Staatswajschweik mit dem Namen Blind. Ein namensveitiger „Staatsmann“ ist uns unbekannt. Red. d. B.

**) Leider ist dem nicht so. Es haben nur zu Viele an die „Ehrlichkeit“ Pothar Buchers geglaubt, bis das Dreigeßirtn Wagener-Bucher-Stieber am preussischen Replikenhimmel aufging. Red. d. B.

hiesiger Gegend kein einziger Bergarbeiter hat, denn wohlgerathet, wenn ein Bergarbeiter von 20 Jahren — er ist Fördermann oder Lehrhauer — 600 Thaler verdient, so muß relativ ein Häuer oder Zimmerling noch mehr verdienen. Der Herr Gerichtsamtmann mag sich aber nur einmal auf irgend einem Werke an einem Lohntage selbst überzeugen und die Lohnzettel studiren, um zu finden, wie die Sachen in Wirklichkeit stehen. Nur auf diese Weise kann derselbe aus reiner Quelle schöpfen und erfahren, daß die Bergarbeiter von 20 Jahren ab im Alter aufwärts noch lange nicht einmal ein Durchschnitts-Einkommen von 300 Thlrn. jährlich haben. Es ist dies allerdings auffällig wenig, wenn man sich die hohen Kohlenpreise einerseits, sowie die gefahrvolle und anstrengende Arbeit andererseits, und zwar Sonntags wie Werktags 13 — 16 Stunden täglich, vergegenwärtigt.

Wie gesagt, wir erkennen, daß ein großer Theil des Lehrerstandes zu wenig Gehalt hat und infolge dessen mit Nahrungsmitteln kämpft, aber sicher nicht weniger als wir Bergarbeiter. Gnechteter giebt es keinen Stand wie den der Bergarbeiter. Stellen wir hier einmal im Vorbeigehen Vergleiche zwischen dem Bergarbeiter und dem Lehrerstand an. Der Lehrer verrichtet geistige Arbeit, zu seiner Ausbildung ist einiges Kapital erforderlich. Seine Arbeit verrichtet er am hellen Tage, er hat seinen Sonntag, seine Ferien; er kann einmal eine Reise unternehmen und wenn er krank wird, so bleibt ihm sein gewisses Einkommen. Der Bergmann hingegen verrichtet körperliche Arbeit, ein falscher Tritt und es ist um sein Leben geschehen; er muß bald während der Tages- bald während der Nachtzeit arbeiten, oftmals ganz entleidet, es trieft der Schweiß dennoch von ihm herunter und mit solchem erhitzten Körper kommt er wieder in Zugluft; er muß Sonntags wie Wochentags arbeiten und wird im Unterlassungsfalle mit 1 Thlr. und mehr noch bestraft; er ist gebunden auf einen und denselben Werk sein Lebtag zu bleiben, wenn er nicht seinen Antheil an der Werksknappschafts-lasse verlieren will; er muß sich in Folge dessen auch jede Tyrannie seiner Vorgesetzten gefallen lassen und wird er krank, bricht ein Bein u. s. w., so bekommt er täglich — mit Ausnahme der Sonntage — da müssen seine Angehörigen für ihn betteln gehen — ein paar Groschen Krankengeld.

So, das ist unsere wahre Lage. Wir schaffen Euch Allen die Kohlen aus der Erde und zwar mit anstrengendem Fleiße und für einen lärglichen Lohn, dafür aber, daß dieselben so theuer sind, können wir nicht, darüber muß man mit den Ausbeutern sprechen. Wir sind aber Menschen, so gut wie andere und sind unstreitig der Gesellschaft so nützlich und unentbehrlich, wie z. B. auch der Lehrerstand, es wird uns aber auch jeder einsichtsvolle Mensch zugestehen müssen, daß wir an Lebensnahrung mehr verbrauchen wie ein Lehrer. Kleidung, Heizung, Del, Seife u. s. w. brauchen wir ebenfalls so gut wie ein Lehrer und unsere Familienglieder sollen doch wohl auch nicht einhergehen wie Lumpensammler. Ein Sprüchwort sagt: „Das Pferd, das den Hater verdient, bekommt ihn nicht.“ Wir Menschen sind wohl nun keine Pferde und Hater ist nicht unser einziges und bestes Nahrungsmittel, aber sinnbildlich dieses Sprüchwort auf alle Klassen der Gesellschaft angewendet paßt es ganz gut, denn es ist thatsächlich heutzutage so, daß Diejenigen, die am Meisten arbeiten, am wenigsten verdienen, und Diejenigen, die nur ein paar Stunden täglich arbeiten und die übrige Zeit humpeln, die verdienen die Tausende. So ist es unter dem Bergarbeiterstand, so ist es auch bei dem Lehrerstand, Obere bekommen zu viel und die Untergebenen zu wenig und wir zweifeln nicht, daß z. B. der Herr Gerichtsamtmann Zumppe wohl einen schönen Gehalt haben mag, daß er aber auch Untergebene hat, die für ihre Arbeit mehr Gehalt beanspruchen könnten. Wir haben ferner ein Recht, von Herrn Gerichtsamtmann Zumppe den Nachweis zu fordern, auf welchem Werke die Bergarbeiter von 20 Jahren jährlich 600 Thaler verdienen können. Gegen einen solchen Fall setzen wir ein Gegentheils von 1000 anderen.

Wir wollen aber nicht als Stichblatt liberal und menschenfreundlich sein wollender, Diäten verzeichnender Landtagsabgeordneter dienen, hinter deren Menschenfreundlichkeit bei winziger Kritik der Pferdefuß nachweislich ist. Unwahrscheinlich ist es zwar nicht, daß irgend ein schalthafter Bergwerkskoffiziant irgend Jemand einen Vären aufgebunden und dieser Jemand vermöge seiner außerordentlichen Unwissenheit über Bergarbeiterverhältnisse belomme, lassen wir zur Beurtheilung jedes denkenden Menschen nur einen Paragraph der „Arbeiter-Ordnung“ für die Werke des Luga-Niederwärschnitzer Steinkohlenbau-Vereins“ folgen: § 9. Die niedrigsten und höchsten Sätze der Schichtlöhne für die verschiedenen Arbeiterklassen, ihrer Berrichtung nach, sind folgende:

Für die Grubenarbeiter bei 12stündiger Arbeitszeit:

- | | |
|-------------------------------|------------|
| 1) für Zimmerlinge und Maurer | 15—20 Rgr. |
| 2) „ Häuer | 15—18 „ |
| 3) „ Lehrhauer | 14—17 „ |
| 4) „ Förderleute | 13—16 „ |
| 5) „ Anschläger | 14—17 „ |
| 6) „ Grubenjungen | 10—12 „ |
| 7) „ Kunstwärter | 15—20 „ |

Wir bemerken noch, daß der Tagelohn per 12stündige Schicht 3 bis 4 Rgr. niedriger gestellt ist. Gedingarbeit aber ist Schinderei.

Das Publikum mag sich nach Einsichtnahme dieser Zahlen ein Urtheil über die Rede des Herrn Gerichtsamtmann Zumppe selbst bilden, wir glauben über dieselbe kein Wort mehr verlieren zu müssen.

Politische Uebersicht.

— Himmlische Gensdarmerei. Das Organ des urpreussischen Junker- und Maderthums, die „Kreuzzeitung“, hat dieser Tage gar keinen übeln Witz gemacht, als es der preussischen Regierung, die einen Gesegentwurf über die „Civilehe“ eingebracht hat, den Rath gab, künstlich die Trauungen durch den Gensdarm vornehmen zu lassen. Ist doch in Preußen der Gensdarm einer der maßgebendsten Faktoren und das ganze neue Kaiserreich beruht in seinen Grundlagen wesentlich auf dem Unteroffizier und auf dem Gensdarmen. Was könnte es, prinzipiell genommen, sehr gleichgültig sein, was die preussische Regierung unter „Civilehe“ versteht, da wir die heutige Ehe, welche ja ihrem Wesen nach nichts Anderes als ein Contract zur Anhängung von Besitzthum ist, unbedingt verwerfen müssen. Trotzdem ist es interessant, wie die preussische Regierung den Begriff „Civilehe“ auffaßt. Sie behält sich nämlich in dem Gesegentwurf vor, die Civilstandsbeamten (welche die Trauung vorzunehmen haben) selbst zu bestimmen und bestimmt — „erlangt“ können wir ja bei dieser „Vollvertretung“ nicht sagen — ausdrücklich, daß sie auch Geist-

liche zu Civilstandsbeamten ernennen kann. Mit andern Worten also: Die „Civilehe“ der preussischen Regierung besteht darin, daß nur die Pfaffen, welche der Regierung angenehm und unterthänig sind, Trauungen vornehmen dürfen, während die andern, z. B. die „reichsfeindlichen“ ultramontanen Pfaffen, davon ausgeschlossen werden. „Gottes gnädige Fügung“ hat es ja so eingerichtet, daß das förmelnde protestantische Maderthum sich der besonderen Sympathie der preussischen Regierung erfreut.

Das ist der neueste „Fortschritt“ im „Kulturkampf.“ Während gerade das wesentliche Merkmal, das Kriterium der Civilehe darin besteht, daß die Pfaffen Nichts, gar Nichts mit derselben zu thun haben, giebt die preussische Regierung den Namen Civilehe einem Gesetze, welches es dem Willen der Regierung freistellt, ob die Pfaffen künstlich mit den Trauungen etwas zu thun haben sollen oder nicht; und wer die preussische Regierung nur einigermaßen kennt, der weiß, was das zu bedeuten hat.

Sagen Männer im preussischen Landtage, so müßte eine derartige Vorlage, die einen „freisinnigen“ Namen trägt und deren reactionäre Tendenz hinter einer äußerst groben und plumpen, dem „Genialen“ auf ein Haar ähnlich sehenden Wortverdrehung versteckt ist, ein durch ganz Europa schallendes homerisches Hohn-gelächter zur Folge haben. Aber diese „Civilehe“ ist einer der berühmten schlechten Wige des „Genialen“, und dessen schlechte Wige werden ja bekanntlich von der preussischen „Vollvertretung“ durchaus nicht als junkerliche Stall-Aphorismen, sondern als weit-berühmte „G-malitäten“ aufgefaßt. Es erscholl kein homerisches Gelächter, sondern „langanhaltender Beifall“, als der „Motte des Kulturkampfes“, Herr Falk, den „Civilehe“-Gesegentwurf verlas, dem wir übrigens dazu gratuliren, daß er vor der Welt und vor der Geschichte mit diesem Nachwerk unentzerrlich verbunden sein wird. Derselben „Herren“ klatschen Beifall, die in jezen Tagen, da Windthorst dem Minister Camphausen die Düste des Reptilienfonds unter die Nase steigen ließ, stumm und stille dasagen und die es „geistreich“ fanden, daß Camphausen und der Presturlo Regidi erklärten, sie gäben keine Auskunft über diese „Verhältnisse“.

Und dennoch finden wir dies Alles so natürlich, daß wir uns gar nicht weiter darüber anzulassen brauchen. Die Schaupspieler, die gerne belächelt sind, laden ihre Berehrer zu einem Souper ein und erzielen auf diese Weise „rasenden“ Beifall. Soll der Beifall zur „Kaserei“ emporgeschraubt werden, so wird den gewerksmäßigen Claqueuren (Beifallkutschern) der Beutel gespidt. Und warum sollten „Bier und Wurst“ oder „Thee mit Butterbrod“ beim „Genialen“ eine andere Wirkung thun? Bei der „Civilehe“ genügt der „langanhaltende Beifall“. Bei der bevorstehenden Annahme des Preßgesetzes mit dem Salgen (§ 20) werden wir dann sehen, wie man mittelst gewerksmäßiger Claqueure den „rasenden“ Beifall, die „Kaserei“ fabrizirt.

— Ueber die Einigungsämter hielt Herr Max Hirsch kürzlich zu Berlin einen Vortrag. Es trat ihm bei dieser Gelegenheit ein Dr. Hülse entgegen, der im Interesse der Berliner Bau-meister wirkte, und brachte gegen die von Max Hirsch vorgeschlagene Art von Einigungsämtern so gewichtige Gründe vor, daß wir einen Theil seiner Rede hier zum Abdruck bringen zu müssen glauben. Dr. Hülse sagte:

„Der Herr Referent erwähnte der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmerer im Mai 1872 und seiner resp. der Gewerkevereine Hälfte bei dessen Verhandlung. Allerdings ist unter der Mitwirkung der Gewerkevereine ein provisorisches Einigungsamt in's Leben getreten gewesen. Daß dasselbe zu keinem definitiven geworden, hat folgende, dem Herrn Referenten gleichfalls aus eigener Wahrnehmung bekannte Gründe. Im April 1872 waren verschiedene partielle Strites unter den Maurern und Zimmerern Berlins ausgebrochen, Seitens der Meisterschaft wurde durch Entlassung ihrer sämtlichen Gesellen — Maurer wie Zimmerer — geantwortet. Unter Mitwirkung des Dr. Hirsch kam — was hier Namens des Bundes dankend konstatiert wird — ein provisorisches Einigungsamt aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu Stande, in dessen Schooße beschlossen wurde, daß die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen werden solle. Die Arbeitszeit solle fortan nur noch 10 (statt früher 11) Stunden, der Tagelohn 1 1/2 bis 1 1/4 Thlr. betragen. Ferner solle kein Arbeitgeber einen Maurer und Zimmerer in Arbeit nehmen dürfen, der sich nicht zu den Bedingungen des provisorischen Einigungsamtes bekannt haben würde, was durch Annahme einer vom provisorischen Einigungsamte ihrem Wortlaute nach festgestellte Arbeitskarte geschehen solle. Diese Arbeitskarte sollte also das äußerlich erkennbare Zeichen der versöhnten Bestimmung der einzustellenden Arbeiter bilden. Man hat bekanntlich jede Abmachung auch eine negative Wirkung. Die Abmachung, daß der Lohn 1 1/2 — 1 1/4 Thlr. sei und die Karte die Unterlage des Arbeitsverhältnisses bilden sollte, hatte nun jedenfalls die negative Bedeutung, daß die Arbeitnehmer für die vereinbarte Zeitdauer bis Ende 1872 keinen höheren Lohn als 1 1/2 — 1 1/4 Thlr. beanspruchen und bei keinem Arbeitgeber Stellung nehmen oder behalten dürften, der Arbeitskarten auf seinen Bauplänen nicht eingeführt hatte. Denn wenn die Arbeitgeber die Gewerkevereine in der Weise unterstützen sollte, daß die Gegner der Vereinbarung des Einigungsamtes, die sich zur Anerkennung der Karte und damit des Einigungsamtes nicht verstehen würden, von ihren Plätzen ausgeschlossen würden, so mußte die Meisterschaft ihrerseits doch darauf rechnen können, daß mindestens alle die Arbeitnehmer zu den Bedingungen des Einigungsamtes ausschließlich nur bei ihr arbeiten würden, die diesen Compromiß eingegangen waren — nämlich die Mitglieder der Ortsvereine der Maurer und Zimmerer — und daß diese nicht bei Gegnern des Einigungsamtes unter der Arbeitgeberchaft, welche die Einführung der Karten abgelehnt hatten, arbeiten würden, so bald diese nur einen höheren Lohn, als den vom Einigungsamte festgestellten, zahlten. Hiermit konstatiere ich jedoch in Segenwart des Anwalts und vieler Ehrenmitglieder der deutschen Gewerkevereine, daß die Mitglieder der deutschen Gewerkevereine im Berliner Baugewerbe einem großen Vertheile nach nicht allein bei Nichtbundesmeistern ohne Arbeitskarte gearbeitet, sondern auch einen höheren Lohn als 1 1/2 Thlr. sowohl von Nichtbundesmeistern, wie von Bundesmeistern angenommen, theilweise sogar gefordert haben; ja, daß vereinzelte Arbeitnehmer — gleichzeitig hervorragende Mitglieder des Ortsvereins — mit ihren Arbeitgebern Separat-Abkommen getroffen haben, wonach sie über die in den Arbeitskarten normirten Lohnsätze hinaus heimlich und ohne Wissen der Mitgesellen noch außerordentliche Vergütung zu erhalten hätten.

„Ein solcher Fall ist mir namentlich sogar von einem sehr hervorragenden Mitgliede des Berliner Ortsvereins der Maurer bekannt geworden.

„Die Erfahrungen in Berlin haben sich auch anderwärts wiederholt. So schwebt in Hamburg seit länger als zehn Wochen ein Strite der Maurer und Zimmerer. Die Arbeitgeberchaft hat versucht, ein Einigungsamt in's Leben zu rufen; sie hat es auch

möglich gemacht, daß gegen 700 Maurer und Zimmerer durch Unterschrift sich bereit erklärten, ein Einigungsamt zu wählen, dem sie sich unterwerfen werden. Es ist auch zur Feststellung von Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, innerlich einer erwählten Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei gemeinsamer Berathung gelangt. Dieses gemeinschaftliche Comité hatte jedoch die ursprüngliche Forderung der Gesellen unerheblich herabgesetzt, damit das Wort „Einigung“ doch wenigstens einen Namen habe. Gleichwohl wurde der Kommissionsvorschlaz von den etwa 700 durch Unterschrift gebundenen Gesellen nicht gebilligt. Die Arbeitgeberchaft magte sich vielmehr entschließen, auf die Forderung der Arbeitnehmerschaft in vollem Umfange einzugehen, weil die übernommenen Gebäude vor Anbruch der schlechten Jahreszeit noch unter Dach gebracht werden sollten. Bei solchem Gebahren ist das Wort „Einigungsamt“ sicher ein Mißbrauch . . .

„Es ist ferner von Seiten des Herrn Referenten darauf aufmerksam gemacht worden, daß besonders in England die Einigungsämter sehr segensreich gewirkt hätten. Ich erlaube mir Ihr Augenmerk auf die Geburtsstätte der Einigungsämter zu richten, wo im Augenblicke trotz des Einigungsamtes für die Spitzenarbeit eine heftiger Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schwebt und die Arbeitnehmer sich mit den Beschlüssen des Einigungscomitès nicht einverstanden erklären, ihnen deshalb auch keine Folge gegeben haben. Dieser Umstand bestimmt mich zu dem Glauben, daß in England die Einigungsämter sich schon überlebt haben und ihre Importation sich also nicht mehr lohnt.“

„Nun nehme ich selbst an, daß dem Wunsche des Herrn Referenten gemäß staatslicherseits für solche Einigungsämter eine Exekutive eingerichtet sei. Wie soll dieselbe praktisch aber ausgeführt werden? Lassen Sie beispielsweise die etwa zehntausend Maurer Berlins sich für ein Einigungsamt erklären, dagegen achtausend von ihnen, nachdem ihre Vertreter sich mit den Meistern geeinigt haben, ihren Vertretern den Auftrag kündigen und auszufriedenheit mit dem Ergebnis der Einigungsamtverhandlungen Berlin verlassen. Wie denken Sie sich gegen diese achtausend Mann eine Exekution praktisch ausgeführt? Sollen sie vielleicht wie die Militärsträflinge, je einen Wächter mit geladener Waffe hinter sich, zur Arbeit getrieben werden?“

Diese Beurtheilung der „Einigungsämter“, die in Maxens Munde nur eine Variation der bekannten albernen „Harmoniechre“ sind, ist schon deshalb beachtenswerth, weil sie aus dem Munde eines Mannes kommt, der auf dem Standpunkte der von Max Hirsch so sehr gehätschelten „Arbeitgeber“ steht.

Die Welt! Die Wäbling! — Die Kapital! Die Arbeit! laut der Kampfruf in der heutigen Klassenbewegung und daß der jetzt wüthende Klassenkampf kein Kampf um einen Hapenstiel, sondern ein Kampf auf Leben und Tod ist, das werden auch unsere Gegner zugestehen und haben es vielfach zugestanden. Den Riß, der durch die heutige Gesellschaftsorganisation klappt, können keine „Einigungsämter“ überkleistern, sondern er wird sich erst schließen mit dem Zusammensturz der Klassenherrschaft, mit der Zerkümmern des bösen Mammon.

— Deutsche Justiz. Wir wollen hier nicht von den zwe-causes célèbres (berühmten, Vären machenden Prozessen) reden, die sich soeben abgepielt haben: nicht von dem Prozeß Hefels gegen Wurmb, der mit der Beurtheilung des Mädchens endete, das den Epizotiepräsidenten von Berlin eines unzüchtigen Angriffs beschuldigt hatte, welche Beurtheilung (zu zwölfjährigem Gefängniß!) einfach auf Grund der Aussage des als Ankläger auftretenden Beschuldigten erfolgte. Auch nicht von dem Prozeß gegen den ostpreussischen Bauernjungen Schütt, der zu 16jährigem Zuchthaus verurtheilt worden ist, auf Indizien hin, die nach unserer festen Ueberzeugung kaum die Verhängung der Untersuchungs-haft gerechtfertigt hätten. Aber — die Böcker'sche Affaire, in der die preussische Justiz und Administration eine so blamable Rolle gespielt, wollte ihr Opfer haben, gerade wie die Moralität des Hrn. von Baran eine Reparatur nöthig hatte. Doch wir wollten von beschuldigten Prozessen reden: Nach dem neuen deutschen Strafgesetzbuch, das Temme für das schlechteste aller existirenden Strafgesetzbücher erklärt hat, kann bei gewissen Vergehen, Diebstahl in der Familie, leichten Körperverletzungen u. s. w. ein Strafverfahren nicht eintreten, wenn die geschädigte Person nicht klagt; und muß dieselbe während des Prozesses die Klage zurückzieht, das Verfahren sofort eingestellt werden. Es ist auf Grund dieser Bestimmung neulich vorgekommen, daß ein brutaler Bummel, der einen gebrechlichen Mann todgeschlagen hatte, in Freiheit gesetzt wurde, weil die Geschwornen auf leichte Körperverletzung (1) erkannten, und der Todgeschlagene natürlich keinen Strafantrag stellen konnte. Und die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ vom vorigen Sonntag schreibt: „Eine ziemlich sonderbare Episode brachte der Erzgeiz unserer Advokaten, unter allen Umständen ihre Klienten von Strafe zu befreien, in eine Verhandlung gegen einen nichtsnutzigen Conditorgehilfen, Duasigrott, der auf Anstiften und unter Mitwirkung eines noch verderbteren Subject, des Schlächtergesellen Thiebing, seinem alten Vater dessen ganze Ersparnisse, 50 Thlr. und einige Goldsachen, gestohlen hatte. Der Vater hatte den Strafantrag gestellt. Fortwährend unterbrach der Bertheidiger die Verhandlung mit Anspielungen auf Zurückziehung des Strafantrags seitens des Vaters bis der Vorsitzende sich verärrtliche Professionen ernstlich verbat. Die Geschwornen zeigten sich zurück und sprachen beide Angeklagte schuldig ohne mildernde Umstände; da meldete sich der Vater, der inzwischen ganz müde gemacht worden war, und erklärte, daß er den Strafantrag zurückziehe. Dieser späte Entschluß kam nun allerdings seinem Sohn noch zugute, der Bertheidiger Thiebing aber wurde ohne Gnade zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Mit Recht aber rügte der Vorsitzende das immer mehr zunehmende Einreichen der Un-sitte, offenbare Verbrecher à tout prix (um jeden Preis) der Strafe zu entgehen. Der Staat sei nicht dazu da, bloß zum Späße mühevolle Untersuchungen zu führen und Kosten zu tragen; es wäre wohl angezeigt, in Zukunft bei ähnlichen, ebenso auffälligen Veranlassungen wenigstens die Kosten den faumeligen Verwandten aufzuerlegen, oder dieselben von den Bertheidigern tragen zu lassen.“ So der Berichterstatter des Bismarck'schen Leibblatts. Wir gestehen, wir würden gerne den Namen des Richters kennen, der diese sonderbare „Rüge“ ertheilt hat. Der Mann hat von seinem Richteramt, von Justiz, Gesetz und Staat höchst originelle Ansichten. Er scheint vor Allem keine Ahnung davon zu haben, daß der Richter bei Prozessen nichts Anderes zu thun hat, als dem Gesetz gemäß das Urtheil zu finden und Recht zu sprechen. Die „Unsitte“, gegen die vieler Berliner Richter eifert, ist die nothwendige Folge des bestehenden Gesetzes. Wollte der Richter Mißbilligung aussprechen, gut, so mußte er sie über die betreffende Gesetzesbestimmung aussprechen, nicht aber durfte er den Bertheidigern eine „Rüge“ ertheilen, weil sie zu Gunsten ihrer Klienten von jener Gesetzesbestimmung Gebrauch gemacht,

und, indem sie dies thäten, ihre Verteidigungspflicht erfüllt haben. Hätten sie es unterlassen, so hätten sie ihren Klienten gegenüber sich eine Pflichtverletzung zu Schulden kommen lassen. Was sind das aber für Rechtszustände, die aus dieser „ziemlich sonderbaren Episode“ hervortreten? Ein Gesetz, das einen überwiegenen Verbrecher der gesetzlichen Strafe entzieht, und ein Richter, der einen Advokaten „rügt“, weil derselbe seine Pflicht thut, wie das Gesetz es vorschreibt! — Freilich „ist der Staat nicht dazu da, bloß zum Spaß mühevollen Untersuchungen zu führen“ u. s. w., allein er ist auch nicht dazu da, Gesetze zu geben, durch welche die Justiz „zum Spaß“ wird. Hat „der Staat“ in neuemodischer Schnellgesetzfabrikation solche Gesetze erlassen, dann muß er auch die Konsequenzen tragen — und gefallen den Herren Richtern diese Konsequenzen nicht, gut, so mögen sie sich mit ihren Beschwerden an die Urheber des unsinnigen Gesetzes: an Regierung und Reichstag wenden.

— Dasselbe Kriegsgericht, welches in Trianon den Verräther Bazaine einstimmig zum Tode und zur „schimpflichen Degradation“ bei welcher der Delinquent nach militärischer „Sitte“ einen Fußtritt hinterrück bekommt, verurtheilt hat, ist sofort nach Verurteilung des Urtheils zu Mac Mahon gelaufen und hat dort um Gnade für den gebeten, den es soeben als Verräther Frankreichs dem Tode überliefert hatte. Diese Komödie erklärt denn auch, wie Bazaine, nachdem er das angebliche „Todesurtheil“ vernommen, heldenmüthig sagen: „Ich schwöre bei Jesus Christus, daß ich Frankreich nicht verrathen habe“, also seiner übrigen Schmach noch gleich einen Meineid hinzufügen konnte. Getreu dem althergebrachten Grundsatz, daß ein Spitzbube gegen den andern stets „ehrlich“ sein soll, hat denn auch Mac Mahon den Bazaine zu 20 Jahren Festungshaft „begnadigt“ und auch die „schimpfliche Degradation“ aufgehoben. Nun gelegentlich eine Amnestie und Bazaine ist wieder ein freier christlicher Mann. Der Ausgang dieses Prozesses ist also genau so gekommen, wie wir zu Anfang des Prozesses (Nr. 93 des „Vollstaats“) vermuteten; der kaiserliche Landrath Mac Mahon, der durch eine „Ironie des Schicksals“ Präsident der „Republik“ geworden, hat seinen Mit-Landrath Bazaine nicht im Stiche gelassen. Inwiefern der Prozeß Bazaine, wenn er auch mit einer solchen erbärmlichen Farce geendet hat, wie sie höchstens die preussischen Kriegsgerichte nach den Niederlagen von Jena (1806) und von Friedland (1807) aufzuweisen haben, ist für uns durchaus nicht von untergeordnetem Werthe. Die Aufschlüsse und Enthüllungen, welche durch diese banwurmartige Monsterverhandlung zu Stande gekommen, entschädigen uns reichlich für das, was „unenthüllt“ geblieben. Der ganze Prozeß hat einen Einblick gewährt in das Betreiben der modernen politischen Actionen, und Mancher, der verschiedene „große Männer“ nur als „Helden“ kannte, dürfte wohl eingesehen haben, daß das moderne „Heldenthum“ mit seinen wohlfeilen Erfolgen auf dem bekannten goldbedeckten Esel reitet, der alle Festungen zu erobern weiß. Das Buch Lamarmora und der Prozeß Bazaine! Derselbe „große Staatsmann“, der 1866 mit ungarischen „Revolutionären“ gegen Oesterreich conspirirt, hat 1870 den Schoof-Spiegel der Eugenie, den Herrn Regnier zum speziellen Agenten! Welch hübscher Vorwurf für den künftigen Geschichtsschreiber Preußens!

— Berichtigung. In der letzten Nummer des Wiener „Vollstaats“ (Nr. 98) kommt in einem Artikel, überschrieben: Zur Lage der Arbeiterpartei, folgende Stelle vor: „Der „Vollstaats“, schon früher von dem würdigen Bruder des späteren „Gründers“ darum angegangen, ergriff Partei, indem er die Aufnahme einer Schiedsrichterscheu's zuließ und die Antwort darauf verstümmelte. Dann erst wurde ein Schiedsgericht vorgeschlagen, bei welchem die entscheidende Stimme einem Mitglied der Partei in Deutschland, also einem Mann zufallen sollte, der seither unseren Verhältnissen fern gestanden und auf dessen Meinung der „Vollstaats“ bereits Einfluß gewonnen hatte. Der Verein „Vollstimmte“, der in seiner Gesamtheit geschmäht worden war, lehnte das Schiedsgericht ab, da die Angelegenheit durch drei Mächte hindurch berathen worden, und die streitenden Theile noch unmittelbar vor der Abstimmung ihre Unterwerfung unter das Botum des Vereins erklärt hatten. Außerdem war die Ansicht bestimmend, daß in keinem Falle eine Wiedervereinigung mit Personen stattfinden könne, deren Wesen mit der Gesundheit des Parteiorganismus unvereinbar sei.“ So der „Vollstaats“. Wir wollen nicht auf die Frage: Schen-Überwinder zurückkommen und begnügen uns, zur thatsächlichen Berichtigung zu erklären: 1) der „Vollstaats“ nahm durch Veröffentlichung der Schen'schen Erklärung nicht Partei in dem Streit; 2) der „Vollstaats“ „verstümmelte“ die Antwort auf die Schen'sche Erklärung nicht; er milderte nur, im Interesse der Aufklärung, einige Ausdrücke; und 3) sollte das vorgeschlagene Schiedsgericht einen von beiden Parteien gewählten Obmann haben und war namentlich die von dem „Vollstaats“ der Parteilichkeit angeklagte Redaktion des „Vollstaats“ eifrig bemüht, durch Constituirung eines unparteiischen Schiedsgerichts dem traurigen Zwist ein Ende zu machen.

Daß nicht die angebliche Parteilichkeit des „Vollstaats“ und des vorgeschlagenen Schiedsgerichts das wahre Motiv zur Verwerfung des Schiedsgerichtsvorschlags durch den Verein „Vollstimmte“ bildete, erhellt übrigens mit hinlänglicher Deutlichkeit aus dem letzten oben abgedruckten Satz des Artikels im „Vollstaats“.

— An die Redacteure des „Fortschritt“ in Pforzheim! In Nr. 38 Ihres Mutter- und Winkelsblattes behaupten Sie, daß der „Vollstaats“ im Laufe des letzten Sommers Johann Jacoby „etwas vornehm“ einen „Halbsocialdemokraten“ genannt habe. Wir erklären Sie für miserable, infame Lügner und Verläumder, so lange Sie uns nicht beweisen, daß wir dies gethan.

Die Redaktion des „Vollstaats“

*) Obwohl wir früher erklärt, daß wir uns mit diesem, von übergeschwollenen Schalmessern befeuertem Papier nicht beschäftigen wollen, so glauben wir doch dem Wunsche von Pforzheimer Parteigenossen nachgeben und obige Rüge an die Deffentlichkeit ziehen zu müssen.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Nachbenannte Orte sind neu angemeldet und in die Parteiorganisation eingereiht worden:

Alchemnig; Vertrauensm. Herrn. Vohse; Halle a. d. S.: S. Maurschatt; Königsbrück; August Reber; Markersdorf; Carl Herrn. Betermann; Schönebeck und Salze; Andreas Hande.

Folgende Vertrauensmänner sind neu angemeldet und bestätigt worden:

Gera: Karl Brätter; Neubörsel: Friedr. Kirchs. Zugleich machen wir bekannt, daß Oswald Jurt in Forst (Rauß) wegen organisationalen und prinzipienmäßigen Verhaltens, indem er die Forster Arbeiter durch ein Zeitungs-Eingekandt für einen nationalliberalen Kandidaten zu gewinnen suchte, unter Zustimmung der Forster Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

Hamburg, 14. Dezember 1873.

Der Ausschuß:

3. A.:

August Geib, Rößlingsmarkt 12.
S. Venneke, Raffiner, H. Schäferkamp 34.

Correspondenzen.

Leipzig, 15. Dezember. Trotdem der hohe „Rath der Stadt Leipzig“ bekannt gemacht hat, daß in diesen Tagen, vom 8. bis 16. Dezember die Wählerlisten ausliegen sollten, ist es Thatsache, daß Ende voriger Woche einer Menge von Wählern, welche sich überzeugen wollten, ob ihr Name eingetragen sei, Wählerlisten nicht vorgelegt werden konnten, weil solche noch nicht fertig waren. Man legte den Leuten einfach die von Haus zu Haus geschickten Bogen vor, auf welchen sie sich selbst eingezeichnet hatten. Die richtige Uebersetzung in die Wählerlisten ist also nicht mehr zu kontrolliren. Und erscheint dies zum Mindesten sehr eigenthümlich und wir möchten wissen, was das Meer von Schreibern, welche der hohe Rath besoldet, eigentlich zu thun hat, wenn die Wählerlisten nicht einmal zur rechten Zeit fertig gestellt werden können. Wir nehmen einstweilen Akt von dieser Amtsführung der Herren vom hohen Rathe der Stadt Leipzig.

Leipzig, 15. Dez. In Liebertswolkwitz fand gestern eine Volksversammlung statt, wo Hablich und Stelzer mit bestem Erfolg für Johann Jacoby wirkten; desgleichen in Gausisch, wo Ramm, Seifert und Vlos den Arbeitern klarlegten, wen sie zu wählen haben.

Chemnitz. (Zur Racheiferung.) Die „Chemn. fr. Presse“ schreibt: Während die Wahlagitatio in den Wahlkreisen Mittelschleibitz-Frankenberg und Chemnitz Stadt und Land schon seit vielen Monaten in Gang und eine musterjählig organisierte Verbindung der Wahlcomités unter einander hergestellt ist, derart, daß die Wahl jeden Tag losgehen könnte, ist neuerdings die Agitation in dem Wahlkreis Freiberg-Gainichen-Deberan energisch in Angriff genommen worden und der Candidat Geib hat soeben eine Rundreise beendet, die vom besten Erfolg begleitet war. — Die Gegner entwickelten bisher im 15. Wahlkreise keine Thätigkeit, im 16. und 9. Wahlkreise haben sie es noch nicht einmal zur Aufstellung eines Candidaten gebracht und es scheint in dieser Beziehung ihre Belegenheit groß zu sein. Es hat den Anschein, als wenn Liberale und Conservative überall, wo ein Socialdemokrat Aussicht auf Erfolg hat, einmüthig mit einander gehen werden und das ist sicherlich insofern von Nutzen, als dadurch die richtige Scheidung der Interessen sich vollzieht. Der Socialdemokratie gegenüber sind die Angehörigen aller anderen Parteien eine reactionäre Masse. — Ueber die sehr zahlreichen Versammlungen, welche abgehalten werden, können wir nicht speziell berichten, es gilt für alle, daß die Gegner nur in höchst seltenen Fällen herauszutreten wagen, was an sich schon beweist, daß die Stimmung des Volkes eine der Socialdemokratie überaus günstige ist. Dem ist auch wirklich so und wir können hinzufügen: Die Haltung der engeren Parteigenossen ist eine über alles Lob erhabene. Am vergangenen Sonntag waren im 15. und 16. Wahlkreise mindestens 250 Mann auf den Beinen, um Wahlaufsätze zu vertheilen; sind Versammlungen auf Dörfern anberaumt, welche 1—2 Stunden von den Hauptorten entfernt liegen, so finden sich immer 20—30 aus den Centralorten, um den Referenten zu begleiten und den weniger vorgeschrittenen Arbeitern durch ihr Erscheinen Muth und Vertrauen einzuschößen, das Wetter läßt dabei keinen Einfluß aus. Mit nicht minderm Lob ist der Agitatoren zu gedenken, sie halten öfters Tag für Tag einen Vortrag und am Sonntag deren zwei; durch diesen allseitigen regen Eifer der engeren Parteigenossen wird die Masse mit fortgerissen und das Steigen der Wahlaufregung ist deutlich zu beobachten. — Die Gegner haben sich bisher nur in drei Versammlungen hören lassen, zu Brand und Frauenstein gegen Geib und zu Limbach gegen Auer, in allen Fällen hatte diese Intervention die günstigste Wirkung auf die Masse, es war in dessen dieses Auftreten von Gegnern nicht etwa eine Folge planmäßigen Widerstandes, sondern es beruhte auf der zufälligen Anwesenheit von Leuten, die entweder von dem Wesen der Socialdemokratie oder von den lokalen Verhältnissen keine Kenntniz hatten. — Die Polizeibehörde haben sich bisher noch keine Uebergreife erlaubt, nur in Vertheilung bei Gainichen versuchte der anwesende Vertreter der Behörde eine Einschüchterung der Versammlung, nachdem der Herr Amtmann vorher sich schon allerlei Mühe gegeben hatte, die Versammlung zu verhindern. Es war dies ein sehr vergebliches Bemühen und Wahlrecht machte dem Herrn Ueberwacher den Standpunkt, welcher er einzunehmen habe, ganz ausreichend klar. — Als einen Beweis für den Eifer, mit welchem die Arbeiter die Wahlangelegenheit auffassen, wollen wir noch mittheilen, daß, nachdem wir gestern Abend die auch heute wieder im Inferatenthail unseres Blattes befindliche Aufforderung erlassen hatten, heute Vormittag schon mehrere Hundert der verlangten Zettel mit Angabe von Namen, Wohnort und Alter der Wähler eingegangen sind.

Stollberg. Daß im 19. sächs. Wahlkreise zur bevorstehenden Reichstagswahl noch tüchtige Arbeit erforderlich ist, bewies und wiederum eine zu Zwönitz am Sonnabend den 6. Dezember abgehaltene Volksversammlung, in der Rauer aus Leipzig über den deutschen Reichstag und die bevorstehenden Reichstagswahlen referirte. Zwönitz ist ein Städtchen von ca. 2600 Einwohnern, hatte bei der letzten Reichstagswahl 293 Stimmen für Rindwisch, 55 Stimmen für Liebknecht abgegeben, im Mordspatriotismus und Victoriaschießen allerdings noch viel mehr geleistet. Schon deswegen war es für uns von Wichtigkeit, Dreische zu schicken. Die arbeitende Bevölkerung besteht meistens aus Webern, die einen Durchschnittslohn von 3 Thlr. beziehen, d. h. der gute Arbeiter. Die Arbeitszeit ist mindestens 16—18 Stunden. Man sieht die Leute sehr häufig bis spät in die Nacht arbeiten. Der Lebensunterhalt besteht aus Kartoffeln und Brot und ist eben so theuer als in größeren Städten. So kostet das Pfund Brot 14 Pf., der Dreidner Scheffel Kartoffeln 2—2½ Thlr. Infolge der schlechten Lebensweise und übermäßig langen Arbeitszeit ist es denn kein Wunder, wenn die Leute hier physisch und geistig abgestumpft sind und schon am ganzen Körper zittern, wenn sie nur eine in zweiter Reihe Tuch gewidmete Stütze des Staats zu sehen bekommen. (In der

Volksversammlungen kommen sie bloß bis an die Thüre.) So war es auch in Zwönitz, wo ca. 100 Arbeiter anwesend waren; außerdem auch ca. 20 Bourgeois. Unter Letzteren befand sich auch Einer, der früher häufig als Oppositionsredner aufgetreten ist, sich aber in der Mitte des Vortrags aus dem Staube machte. War das Resultat auch gering, so ist doch der Anfang gemacht und noch 2 Versammlungen vor der Wahl könnten uns die Wehrzahl der Stimmen zuführen. — Besser steht unsere Sache im Stollberger Bezirk, und unter den Kohlenarbeitern von Bärtschnitz, Lugau und Delstnig.

Leider war auch die zu Niederschönitz am Sonntag den 7. Dezember Nachm. 3 Uhr einberufene Versammlung wider unser Erwarten nur spärlich besucht. Thema wie in Zwönitz. Referent wiederum unser Freund Rauer. Der Grund zum schlechten Besuch liegt hier darin, daß den Herren Offizianten vor Weihnachten viel daran gelegen ist, so viel wie möglich Kohlen zu Tage zu fördern, damit das Weihnachtsgeschenk, welches gewöhnlich gemacht wird, wenn die Dividende der Herren Actionäre recht hoch ist, reichlich ausfalle. Viele kommen Nachmittags aus dem Schacht sind müde, die Uebri gen fahren ein und können die Versammlung ebenfalls nicht besuchen. Unser Agitationsfeld wird nach den Feiertagen dorthin verlegt werden müssen und werden wir durch etliche Versammlungen zu einem für unsere Sache jedenfalls günstigen Resultat gelangen.

Schmalk. In der Sonntag, den 7. Dezember Abends 8 Uhr abgehaltenen Volksversammlung referirte Rotteler aus Crimmitschau über die Reichstagswahl. Die Versammlung war stark besucht, das Bureau bildeten Scheffelsberg als erster, Marti als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer. Das Referat wurde auf keine Weise gestört und legte Referent die Folgen der Klassenherrschaft in ausführlicher Weise aus; er bewies dabei, wie die jetzigen Reichstagsabgeordneten nicht mehr fähig wären, als solche zu gelten und wie dem nur abzuhelfen sei, wenn Männer gewählt würden, die mit Kraft und Energie die Rechte des Volkes zu jeder Zeit vertreten. Hierauf wurde der Versammlung für den Wahlkreis Altenburg als Reichstagsabgeordneter empfohlen: Hofbaurath Demmler aus Schwerin. Die Wähler wurden aufgefordert, am Wahltage alle an der Wahlurne zu erscheinen und auf keine Weise sich von der Wahl abhalten zu lassen. Die Aufforderung, der Partei beizutreten, ergab, daß sich 13 Mann in die Mitgliederliste eingetragen haben. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem Gesange des Proletarierliedes: „Es tönt ein Ruf von Land zu Land“. Wähler unser Wahlkreises, an Euch ist es, zu wirken und zu agitiren, damit wir am Wahltage einen ehrenvollen Sieg erlangen; wir unsererseits werden bemüht sein, alles anzubieten, um zu siegen. Mit sozialdemokratischem Gruß

S. Piggler.

Frankenhäusen, 5. Dezember. Schon seit langer Zeit ist ein allgemeiner Bericht von hier nicht mehr an die Deffentlichkeit gekommen und doch hat seit dieser Zeit manche „Skavennatur“ von Arbeiter den Haß und die Raute des gestrengen Skavennatur gefühlt. Aber auch mancher Arbeiter hat gezeigt, daß er weiß, daß er Mensch ist, mancher Arbeiter hat gekämpft und gestreift. Besteht? wird man fragen? Ja gestreift! Es war ein moralischer Kampf, wo der Arbeiter zeigen mußte, was Moral ist — und was sie sein muß. Die Arbeiter sind sehr oft, wenn auch nicht in öffentlichen Versammlungen, so doch sehr oft privatim mit gemeinen Schimpfreden belegt und beschudelt worden und welches von beiden mehr zu verdammen ist, ist wohl nicht nöthig hier weiter auszuführen. So sind z. B. die hiesigen Knopfabriken vor ihrer letzten öffentlichen Versammlung mit Eigenschaftswörtern belegt worden, wie man sie nie aus dem Munde eines Arbeiters gegen den Arbeitgeber hören wird. Als die Knopfabrikanten nämlich von der Michaelismesse zurückgekehrt waren, erlaubten sich einige Arbeiter, die sehr gute Arbeiter waren, deshalb aber nicht so viel verdientes bei ihrer guten Arbeit als andere bei ihrer schlechten, den Fabrikanten anzugehen, etwas Zusage zu machen; der Fabrikant sagt weder ja noch nein, beruft eine Fabrikanten-Versammlung ein und die Herren bilden unter sich einen Verband mit der Verabredung, kein Fabrikant darf bei einer hohen Conventionalstrafe einen Arbeiter ohne Erlaubnißbescheinigung seines vorigen Fabrikanten in Arbeit nehmen. Nun erklärten zwar die Fabrikanten, diese Bescheinigung beziehe sich nur auf diejenigen Arbeiter, welche bei ihren früheren Fabrikanten Schulden hinterlassen hätten. Wie hinlänglich eine solche Aeußerung ist, war den Arbeitern sofort klar und sie erklärten in einer öffentlichen Versammlung, vom 1. November ab der Gewerkschaft der Holzarbeiter beizutreten, welches auch geschah. Nun wütheten und tobten aber die Fabrikanten gegen die Arbeiter; das kimmerte natürlich die Arbeiter sehr wenig, sie haben sich vereinigt und damit basta. — Daß nun aber der Haß der Fabrikanten ohne alle Grenzen ist, ist wohl leicht zu denken; so hatte sich unter Anderen so ein „Schreibe-alles-für-Geld“ bewogen gefunden, in einem Winkelblatt, „Der Deutsche“, herausgegeben zu Sondershausen, zu erklären, die Knopfabriken wütheten nicht was sie wollten, sie verdienten 200 Thlr., wenn sie zwei Söhne hätten 600 Thlr., er nannte die Lehrer bei 200 resp. 314 Thlr. Gehalt Hungerleider — gegen die Knopfabriken u. s. w. Die Knopfabriken fanden sich aber gar nicht bemüht, den Stridifax zu widerlegen, sondern sie wuschen ihn den unlogischen Kopf mit seinem eignen corrupten Fabrikat. Wiederum große Sensation unter den Fabrikanten, und wiederum ganz ruhiges Vorgehen der Arbeiter.

Was hat man nicht alles versucht, um die Arbeiter zu beschudeln und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, aber bis jetzt ist durch das correcte Vorgehen derselben das gerade Gegentheil von dem geschehen, was man beabsichtigte. Und so wird es wohl auch bleiben, wenn die Arbeiter fort und fort so streng geschlossen vorgehen wie es bis jetzt geschehen. Vorstehendes ist nur ein Beispiel von vielen, das aber gerade in die Augen fällt. Aber Vieles, ach wie unendlich Vieles wird im Stillen abgeschlachtet, wovon die Deffentlichkeit gar nichts hört noch sieht; die Zeit wird aber auch kommen, wo endlich jeder Arbeiter einsehen muß, welche Rechte er zu wahren hat, um auf das Wort Mensch Anspruch machen zu können.

Eisenach, 10. Dezember. In der am 6. d. M. stattgehabten Parteiversammlung wurde am hiesigen Orte ein Wahlcomité aus 5 Personen gewählt, welches die Aufgabe sich jetzt gestellt hat, die Agitation im hiesigen Wahlkreise mit aller Energie zu betreiben. Es hat bereits seine Thätigkeit begonnen und bearbeitet die Landbevölkerung mit aller Kraft. Die Stimmung ist gut, und es wird unsererseits nichts gescheit, fortzuarbeiten an dem großen Werk. Die Ansichten bei den Wahlen scheinen für uns günstig, da der große Theil der Landbevölkerung zum Klassenbewußtsein zu kommen scheint. Parteigenossen des Eisenacher Wahlkreises! An Euch tritt aber jetzt die Pflicht heran, und in unserer Aufgabe zu unterstützen mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln, kein Opfer darf Euch zu groß erscheinen, wenn Ihr Euer eigenes Interesse wahren wollt. Ihr werdet wissen, daß unsere Gegner sich schon längst rüsten, um

und man hat zu machen, daß sie uns verdammen in ihren schamigen Mänteln, um uns so jeden Schritt zur Wahl zu erschweren. Da uns nun weiter keine Presse zu Gebote steht, als der „Volkstaat“, wir aber den Raum desselben zur Vertheidigung nicht zu viel beanspruchen können, so fordert Euch der Unterzeichnete auf, uns in diesem Kampfe treu zur Seite zu stehen und unser Sieg wird desto sicherer sein. Die Parteigenossen von Kahl, Berka a. W., Gersungen, werden erlucht, ihre Adressen schleunigst an uns gelangen zu lassen. Also frisch ans Werk, der Sieg ist unser, wenn Ihr nur wollt. Mit sozialdemokratischem Gruß
Fr. Giffey, Vorsitzender,
bei Herrn J. Grarbrecht im Aderhof.

Stassfurt. In den letzten 14 Tagen fanden in unserm Reichstagswahlkreise Calbe-Aschersleben Versammlungen statt: Am Sonntag, den 23. November in Schönebeck; da selbige aufgelöst wurde, fand, nachdem in Stassfurt am Sonntag, den 29. November eine Volksversammlung und am Sonntag, den 30. November ein Allgemeines Arbeiterfest, wo Wiemer die Festrede gehalten, stattgefunden, am Montag, den 1. Dezember wieder eine große von über 3000 Menschen besuchte Volksversammlung in der Tonhalle unter großem Beifall statt. Dieselbe wurde diesmal nicht wieder aufgelöst, und nachdem Bremer (Magdeburg) über: „Was wir wollen!“ und Unterzeichneter über: „Die Reichstagswahlen“ in längeren Ausführungen referirt und alle 4 Opponenten aus dem Felde geschlagen, wurde Wegner (Berlin) zum Kandidaten mit a. l. l. gegen eine Stimme (die eines Allgemeinen Deutschen aus Calbe) proklamirt. Außerdem bildete sich eine 50 Mann starke Mitgliedschaft. Am Freitag, den 5. ds. Mts. fand eine von 600 Mann besuchte Volksversammlung in Folge statt; hier drohte der Bürgermeister, als von der Invaliden-Pension gesprochen wurde, die Versammlung aufzulösen; nachdem ihm aber das Vereinsgesetz durch Wiemer erläutert, wurde er andern Sinnes; besonders soll ein Herr Stadtrath (Zimmermeister) den Herrn Polizei-Anwalt so in Hitze gebracht haben. Ein Holzhändler traktirte hingegen seine Arbeitshilfen lässig mit Bier. Es könnte ihm aber leicht ergehen, wie den Schönebeckern Brauereibesitzern mit ihren Gesellen, die keine Lust daran fanden und hinauszuweichen, nachdem das Kommando ertönt war. Auch hier wurde Wegner einstimmig als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei proklamirt. Es bildete sich gleichfalls eine Mitgliedschaft. Vorläufig verschiebt der Schönebecker Vertrauensmann Bauunternehmer Maurer Hanke auch hier das gleiche Amt. Sonnabend, den 6. ds. Mts. fand in Börnitz eine Volksversammlung, wo ich über die Reichstagswahl und unser Programm sprach, ebenfalls statt; auch hier wurde unser Wegner proklamirt und eine Mitgliedschaft gebildet. Montag, den 8. ds. Mts. gingen wir 5 Mann von hier nach Biere; nachdem ich über die Arbeiterbewegung und die Reichstagswahlen referirt, bildete sich auch hier eine 50 Mann zählende Mitgliedschaft und wurde Wegner von circa 500 Versammelten als Kandidat der Arbeiterpartei proklamirt. In Könnigau, Duedlingau, Magdeburg, wo Wiemer gesprochen, ist auch Wegner als Arbeiterkandidat proklamirt. Wir hoffen trotz Huxemann's Candidatur Wegner durchzubringen.

Im Auftrage des Central-Wahlcomitès: W. Fischer.
Landshut. 10. Dezember. Von dem hiesigen Wahl-Comitè wurde auf Montag, den 8. ds. Mts. Nachmittags 3 Uhr eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1) die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk, 2) der letzte Reichstag und seine Thätigkeit, anberaumt. Trotz des herrlichen Wintertages, trotzdem in den Nebenlokalitäten dem edlen Tanzergnügen gehuligt wurde, und in den unteren Räumen des Hotels die Musik des 4. Jägerbataillons sich produzirte, füllte der große Saal sich ungemein schnell. Nach der Wahl des Bureau's, in welchem Unterzeichner erster, Vertrauensmann Lippert zweiter Vorsitzender und Parteigenosse Schönauer Schriftführer war, erhielt der Referent, Parteigenosse Kieß aus München das Wort und behandelte die Tagesordnung mit solcher Genauigkeit und Schärfe, daß ungetheilter Beifall von der ganzen Versammlung seinem Vortrag gezollt wurde. Nachdem noch zum Schluß von dem Vorsitzenden des Wahlcomitès, Parteigenossen Wallner, der Referent Kieß als Kandidat für Landshut vorgeschlagen und von der über 300 Mann zählenden Versammlung angenommen wurde, erklärte Kieß sich bereit, die Candidatur anzunehmen. Noch muß ich erwähnen, daß sowohl der Referent als auch ich die Gegner aufforderten, zu sprechen, allein diese Herrn ziehen es vor, auf den Bierbänken vor einem ihnen gleichgesinnten Auditorium über uns und unser Prinzip zu schimpfen und uns in jeder Weise zu verächtigen, was jedenfalls nicht zu den Tugenden eines Mannes gezählt werden kann. Mit sozialdemokratischem Gruß
Heinrich Wünschheim.

Seidelberg. 1. Dezember. Auch von hier wollen wir wieder einmal über den Parteistand etwas berichten, obwohl es am hiesigen Orte schwer ist, eine kräftige Mitgliedschaft zu erhalten, indem Seidelberg ein wahrer Tanke-schlag ist und zwar aus dem Grunde, weil in allen Nachbarstädten die Löhne der Arbeiter höher sind, und deshalb jeder Denkende sich nicht lange hier aufhält, denn von den schönen Bergen kann der Arbeiter nicht leben. Ein Maurer verdient hier z. B. im Sommer im Durchschnitt kaum 1 fl. 30 kr., und die Lebensmittel haben einen Höhepunkt erreicht, wie er kaum in einer andern Stadt zu finden sein dürfte. Ferner ist es uns auch ziemlich schwer gemacht worden durch die hiesige Presse, die uns unter dem Beifall des Spießbürgertums unaufhörlich zu beschmutzen verucht. Auch die Polizei ist eifrig bemüht, unsere Versammlungen auf dem Lande zu hindern durch Beeinflussung der Wirthe. Nur der Arbeiterbildungsverein steht in Gunst, diesem werden das Museum und die Freimaurerloge zur Verfügung gestellt zu Vorträgen, Festlichkeiten u. c.; dafür ist dieser Verein aber auch lammsfromm, treibt keine Politik und liefert ebenfalls noch prächtiges Stimmvieh. Wenn für jetzt auch keine große Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, so soll uns das doch nicht abhalten, kräftig weiter zu arbeiten. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, für Most zu stimmen, nur um zu sehen, wie stark wir hier am Orte sind. Die Gelder für die Wahlagitatorien gehen zur Hälfte nach Mainz, zur Hälfte an den Parteiauschuß. Agitatoren, die in unsre Nähe kommen, bitten wir recht dringend, uns nicht zu übersehen, da es uns an agitatorischen Kräften fehlt.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
Königsberg in Pr., 9. Dezember. Bei der kürzlich hier stattgehabten Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus hatten wir die Parole den Arbeitern erteilt, sich der Wahl zu enthalten. Es haben sich auch bei der Wahl nur höchstens ca. 8 pCt. sämtlicher Berechtigter beteiligt. In einigen Districten hatte sich zur dritten Abtheilung auch nicht ein Urwähler eingefunden. Eine Zusammenstellung der Wahlabstimmungen hat man noch nicht für nöthig befunden, aufzumachen. Die drei von der vereinigten „liberalen“ Partei aufgestellten Candidaten schreckten aber auch selbst Fortschrittler von der Wahl ab. Pender erklärte in seinem Redenschaf-

bericht, daß er allerdings für die Arbeiter nichts beantragt habe, weil es eine solche gar nicht kenne. Sanken meinte, ohne Widmarck wären die Abgeordneten gar nichts, „eine Herde ohne einen Hirten“, man müsse Widmarck durch eine starke Opposition stützen! Alles Fehlgeschlagene wurde auf die Schultern der Conservativen gewälzt und die Reden mit „Wenn's“ gespickt. Der dritte Abgeordnete, unser früherer Oberbürgermeister Kießke, hatte sein Mandat dazu benutzt, eine Grubensstelle zu erlangen, die ihm mehr einbrachte, als sein Oberbürgermeisteramt. Was wunder, daß der Mann „der realen Interessen“ letzteres Amt zu Gunsten der „Gründung“ aufgab und unsere Steuerzahler in der Tasche der von ihm verpöblichten Wasserleitung ließ. Und was für eine Gründung war es, die einen Mann wie Kießke verlockte. Er, an der Spitze eines Consortiums kaufte unter falscher Vorspiegelung des Zwecks einen Häusercomplex auf, den er darauf zur Herausforderung hoher Miethen an Prostituirte vermietete, so noch den Opfern seiner Klasse das Eigenthum auspressend.

Unsere Bourgeoisie ist sehr gut vertreten!
Mittwoch, den 3. d., hatten wir die Freunde, Edstein zu begrüßen. Er bewirkte Togo darauf in seinem Prozesse — er war in erster Instanz wegen öffentlicher Beleidigung des Redacteurs de Grühl zu 4 Wochen Haft verurtheilt, in contumaciam und ohne Zeugen — Einsetzung eines neuen Termins zur Vernehmung seiner Zeugen.

Abends hatten wir Volksversammlung im Schützenhause, in der Edstein über die bevorstehende Reichstagswahl referirte. Größtentheils war die Bourgeoisie vertreten, Arbeiter weniger, da der öffentliche Ankleber die betr. Plakate in den Arbeitervierteln anzulieben unterlassen hatte! Zum Vorsitzenden wurde Max Herbig ohne Widerspruch erwählt. Edstein beleuchtete die Thätigkeit der Fortschrittspartei im Reichstage und Landtage und die Verwendung der Milliarden. Die Rede wurde nur durch Beifallsrufe unterbrochen. Nachdem noch Mehrere das Wort zu Gunsten unserer Partei genommen, wurden die Gegner, die doch zum größten Theile hier vorhanden waren, zur Vertheidigung der Angriffe auf sie aufgefordert, aber Niemand hatte den Muth dazu, obgleich Mehrere aus dem Wahlcomitè der Fortschrittspartei entgegen waren.

Freitag, den 5., referirte Edstein in einer Arbeiterversammlung, die bei kolossal schlechtem Wetter und in abgelegenen Revier, nicht stark besucht war, dennoch erfolgten mehrere Einzeichnungen in die Partei.

Zu Sonntag Mittag hatten wir eine Arbeiterversammlung in den Gemeindegarten einberufen, die gut besucht war. Edstein referirte über die Gewerkschaftsbewegung. Auch hier meldete sich kein Gegner zum Wort, obgleich dergleichen zahlreich anwesend waren, und die Dittvereine in ihrer politischen Euthalsamkeit, obgleich im Schlepptau einer politischen, dem Arbeiter aber feindlichen Partei, einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Es wurde beschlossen, daß die sich in unserem Sinne einer Gewerkschaft anschließenden Arbeiter zu der hiesigen Mitgliedschaft der Metallarbeiter beitreten sollen.

Montag den 8. Dezember hatten wir eine stark besuchte Parteiversammlung, in der das Programm unserer Partei nochmals durch Edstein kurz durchgenommen und die andern Parteien kritisiert wurden. Schließlich wurde Kaufmann Max Herbig pr. Acclamation einstimmig zum Reichstags-Candidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ernannt. Herbig selbst schlug noch Bebel oder Jacoby vor, doch ist ersterer hier zu wenig bekannt und Herbig hier sehr populär, zumal er an jedem Orte, wie es die Gelegenheit gab, von seiner Ansicht kein Fehl gemacht, dabei die hiesigen Arbeitervereinsammlungen rege besucht, und gezeigt, daß sie ihm am Herzen liegen. In dem Jahre 1866/67 hat seine Popularität und Energie zusammen mit denselben Eigenschaften Enders, der jetzt gleichfalls Parteigenosse, der damaligen Fortschrittspartei zu ihrem Siege verholfen, als sich jedoch Korn sonderter von Sprien, traten diese aus den Reihen der Fortschrittler und deren Vereine und gründeten den Königsberger Arbeiterverein. Eine Versammlung desselben zum Proteste gegen Anexion von Elsaß-Lothringen verschaffte Jacoby und Herbig die Ehre einer Transportirung nach Lögen. Bei Winter-Anfang d. J. wurde der Arbeiterverein zu Gunsten der am Orte bestehenden Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgehoben, wozu Herbig als Vorsitzender jenes Vereins das Meiste beigetragen; es geschah diese Auflösung des hiesigen Arbeitervereins theils nach Beschluß des letzten Parteicongresses, theils, weil einige Volksparteiler den Verein zu ihrer Propaganda benutzen wollten. Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unerwähnt lassen, daß, als unser Stadtvorstandsvorsteher und fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter Dicker für unsere Stadt mit Herbig über den Grund des Auflösens des Arbeitervereins sprach, jeuer auf Veranlassung Herbig's auch auf Bebel und dessen Reden im Reichstage zu sprechen kam. Er sagte, daß man Bebeln immer gern zugehört, nur wenn er so gedroht, daß es ihnen bis an den Hals gegangen, hätten sie nach Lust ringen müssen.

Herbig erklärte noch in der Versammlung, daß er dem Congressbeschlusse gemäß, sein schriftliches Ehrenwort abgeben werde, sein Mandat niederzulegen, wenn es die Wähler wünschten, nur werde er die Unterschrift als Parteimitglied geben, nicht als Abgeordneter, da es sonst leicht als Wahlbeeinflussung aufgefaßt werden könnte. Die Arbeiter sprechen sich über diesen Punkt sehr energisch und damit sehr zufrieden aus. Dienstag früh verließ uns Edstein wieder. Da wir wohl gegründete Aussicht haben, bei Agitation in den letzten Tagen vor der Wahl, unsern Candidaten durchzubringen, ist es unbedingt nothwendig, daß vor der Wahl noch ein oder mehrere Agitatoren hierherkämen. Der Congress hat unsern Drei als den einer officiellen Candidatur bezeichnet und der Auschuß leistet dem Congressbeschlusse nur dadurch Folge, daß er uns Agitatoren aus nicht officiellen Wahlorten zu uns dirigirt. Es ist auch unbedingt nöthig, eine energische Kraft hier zu haben, welche auf die säumigen Parteigenossen einwirkt und sie anseuert, ihre Organisation fester zu handhaben. Die Annoncen und Plakate zu den letzten Versammlungen sind durchgehend zu spät veranlaßt, so daß der Erfolg nur ein halber zu nennen war. Auch ist Königsberg ein Ort dazu, einen sechsten Agitator auf einige Jahre wohl gebrauchen zu können. Edstein sprach von Fischer, auch von Scheil und Auer. Die hiesigen Parteigenossen weisen auf die Masse Agitatoren in Sachsen und Süddeutschland hin, wo doch bereits durch viele Jahre gekräftigte Mitgliedschaften vorhanden!

Gegen Parteigenossen Radtke wurde in zweiter Instanz das Erkenntniß der ersten Instanz, 3 Wochen Festung (nicht Gefängniß) bestätigt; dieß geschah den 17. November, doch ist derselbe heute noch nicht im Besitze des Tribunal-„Erkenntnisses“, obgleich er bei dem Termine nicht anwesend gewesen.

Geestendorf. 8. Dezember. Wir hatten hier kürzlich zwei stark besuchte Volksversammlungen, die eine wurde am 1. ds. Mts. hier am Orte und die andere am 2. ds. Mts. in Geestemünde abgehalten. Das Bureau war in beiden Versammlungen in unsern Händen. In beiden Versammlungen referirte Th. Nord und

Hamburg über die Reichstagswahlen. Nord erläuterte zunächst die Frage, ob die jetzt im Lande herrschende Partei wohl schon etwas für die Arbeiterpartei gethan habe, und ob R. v. Bennigsen (der jetzige Candidat für den 19. hannoverschen Wahlkreis) würdig sei, bei der bevorstehenden Wahl die Stimmen der Arbeiter zu erhalten u. c. Der letzte Reichstag sei 1871 unter dem Eindruck der gewonnenen Schlachten gewählt, und die von diesem mit Dampfgeschwindigkeit gemachten Gesetze, das liege klar, wären zum Götterdarmen. Besonders cynisch trat die Parteilichkeit für die begüterten Klassen bei dem Haftpflichtgesetz zu Tage. Freilich sei von einer gesetzgebenden Körperschaft, die aus 11 Fürsten und Prinzen, 34 Grafen, 105 Baronen und sonstigen Adligen und 100 hochgestellten Beamten zusammengesetzt sei, nichts anderes zu erwarten gewesen. Es sei auch gar nicht zu verwundern, wenn diese Leute dem einzigen jetzt in Hinterpommern sitzenden Arbeitervertreter mit Höhngeächtern antworteten, sobald dieser die Interessen der Arbeiter zur Sprache brachte. Der Redner kritisirte dann noch das Invalidenpensionsgesetz, das Militärstrafgesetz u. a. m. unter allgemeinem Beifall. Nord wurde nach Schluß seines Vortrages von dem Vorsitzenden Nord zum Reichstagskandidaten des 19. hannoverschen Wahlkreises proklamirt und diese Candidatur von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. — In beiden Versammlungen wurden die Anwesenden aufgefordert, unausgesetzt für den Arbeiterkandidaten Nord zu agitiren und wenn der Wahltag erschienen sei, Mann für Mann mit dem Stimmzettel: Th. Nord aus Hamburg an die Wahlurne zu treten, daß dieser mit großer Majorität aus der Wahlurne hervorgehe. Glückauf zur Wahl. Mit sozialdemokratischem Gruß Joh. Salk, Schriftführer.

Berichtigung.
Am Schluß der Abrechnung von Hannover in Nr. 123 muß es statt Zlfr. 867 heißen: Zlfr. 767.

Briefkasten
der Redaction. S. S. in Ostba: Wird herabgeschickt. Ein entsprechender Aufsatz, von einem bewährten Parteigenossen verfaßt, ist im Druck. E. in Wambheim: Der vor 4 Wochen eingelangte Bericht erschien und nicht zum Abdruck geeignet. Wenn Sie wünschen, übersenden wir denselben dem Auschuß. Das heute überbrachte in nächster Nummer. C. W. in Forstheim: Folgt diese Woche.
der Expedition. S. hat hier Schr. 5 Gr. Röstu Delsnig Schr. Zlfr. 1 8. Wlg. Nürnberg Ann. 7 Gr. J. Müller hier Schr. Zlfr. 2 15. Dm Birna Schr. Zlfr. 16 20. Hschr. Burgstädt Schr. Zlfr. 1 14. Mrtzen Harburg Schr. Zlfr. 1 6. A. Eißler Voitsberg W. Zlfr. 2 11. Jglt. Waldenburg Ag.-Nr. 10 Gr. Jm. Oberfeld Schr. Zlfr. 1 18. Jgndr. Oberhausen Ag.-Nr. Zlfr. 3 10. Gtr. Berden Schr. Zlfr. 1 7 5. Sabet Meerane Schr. Zlfr. 1 23. Fr. Wrt. Halberstadt Ag.-Nr. 10 Gr. Wdnt. Münster Schr. Zlfr. 1 15 7. Bsbm. hier Schr. Gr. 15 7. Ksch. Stuttgart Schr. 3 Zlfr. Wdnt. hier Ab. Gr. 5 5. R. Mannheim Ab. November Zlfr. 7 15. Rr. Verein Angsburg Ann. 5 Gr. Arb.-Partei daselbst 25 Gr. K. Brnt. Weichsburg Jhr. S. Saldo beträgt mit der Ag.-Nr. Zlfr. 2 16 9. F. Hhr. London J. Schr. Zlfr. 1 6. Ab. Zlfr. 3 24. beizuchen bis Ende Dezember.

Fond für pol. Gemafregelte.
S. Arch hier 1 Zlfr., v. Hgrz 5 Gr., v. Pfr. Gr. 2 5. Wdnt. Münster Zlfr. 1 14 3.

Zum Reichstagswahlfond.
S. Eißberg hier 1 Zlfr., Gewerkschaft der Manufakturarbeiter Rowames 1 Zlfr. C. Röstu Delsnig Gr. 14 5. Holzarbeitergewerkschaft Leipzig 15 Zlfr. Pfenningammlung v. 13. Dezember Zlfr. 1 4 —. Säfte hier 5 Gr.

Anzeigen u.

Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.
Sonnabend, den 20. Dezember: Versammlung bei R. W. Weberstraße 24. — Vortrag des Herrn Havemith.
Es ist Pflicht, daß Jeder erseheint. C. Fischer, Vertrauensmann.

Berlin Freitag, den 19. Dezember, Agitationscomitè bei Koll Krausenstraße 11.

Dresden Photographiren von den hervorragendsten Sozialisten à Duzend 15 Gr. empfiehlt
35) Henriette Kniebling, Christianstraße Nr. 16, 4. Etage.

Leipzig Freitag, den 19. Dezember, Abends halb 8 Uhr:
Allgemeine Cigarrenarbeiterversammlung
bei Zehler, große Windmühlensstraße 7. — Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und das Arbeiterschutzgesetz. Erklärung des Wahlgesetzes.
Der Bevollmächtigte.

Leipzig Alle, die mit Abonnementbestände noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, ihrer Verpflichtung ungehört nachzukommen, und an unsern Colporteur J. Müller oder direkt an uns Zahlung zu leisten.
Die Restanten werden nach Ausfluß von 8 Tagen namentlich und öffentlich gemahnt.
Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig Arbeiterbildungsverein.
Sonntag: 1-3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schreibweisen. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Wechselkunde. Sonnabend Vortrag über Diskussion. [w1]

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Freitag, den 19. Dezember, Abends 8 Uhr: Öffentliche Sitzung bei Jabin, Turnerstraße, vis-à-vis der Turnhalle. — L. D.: 1) Soz.-pol. Wochenbericht von E. S. 2) Fragelastenbeurtheilung. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Lyp... 1872.

Die General-Abstimmungsliste des deutschen Reichstags

ist für 20 Gr. à Expl. zu beziehen durch die Exp. des „Volkstaat“.

Formulare

zur Anmeldung von Volksversammlungen sind drei Expl. à 1 Rgr. (sec. 1 Rgr. 4 Pf.) zu beziehen von der Expedition des „Volkstaat“.

Zur Beachtung!

Die erste Auflage der „Parlamentarischen Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage“ ist vergriffen, und wird die zweite Auflage erst zu Anfang der nächsten Woche im Druck vollendet. Wir bitten die geehrten Besizer, sich bis dahin zu gedulden. Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig: Verantw. Redacteur: W. Preißer. (Redaction und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.